

1981

Ausgegeben zu Bonn am 11. Juli 1981

Nr. 20

Tag	Inhalt	Seite
7. 7. 81	Gesetz zu dem Abkommen vom 2. März 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen 188-28	445
24. 6. 81	Erste Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen der Anlagen des TIR-Übereinkommens 1975	453
29. 6. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	455
30. 6. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über psychotrope Stoffe ..	455
1. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“	456
2. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus	456
2. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder	457
3. 7. 81	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit	457

*Dieser Ausgabe ist für alle Abonnenten
die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1981 beigelegt*

Gesetz zu dem Abkommen vom 2. März 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Vom 7. Juli 1981

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 2. März 1978 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren

Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in Luxemburg entstehen, trägt in den Fällen

1. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens der Bund,

2. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe b und des Artikels 3 Abs. 2 des Abkommens das jeweilige Land; landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Bei Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 8 Abs. 1 und 2 des Abkommens entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 7. Juli 1981

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Baum

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

**Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Grand-Duché de Luxembourg
sur l'assistance mutuelle
en cas de catastrophes ou d'accidents graves**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Großherzogtum Luxemburg,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Organen der beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfskräften und -material zu beschleunigen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, der anderen Vertragspartei bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen entsprechend ihren Möglichkeiten und nach den Bestimmungen dieses Abkommens Hilfe zu leisten.

(2) Art und Umfang der Hilfe werden je nach Einzelfall durch die nach Artikel 3 zuständigen Behörden einvernehmlich festgelegt.

Artikel 2

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung solcher Hilfsmannschaften an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls geleistet, die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, Bekämpfung von atomaren und chemischen Gefahren, Sanitätshilfe, Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und über das für ihre Aufgaben erforderliche Spezialgerät verfügen.

Die Hilfe wird in der Regel auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland durch Einheiten des Katastrophenschutzes, auf der Seite des Großherzogtums Luxemburg durch Einheiten des Zivilschutzes und der Feuerwehren geleistet, und, falls erforderlich, in jeder anderen geeigneten Weise.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

Artikel 3

(1) Die für die Anforderung und Auslösung der Hilfsmaßnahmen zuständigen Behörden der Vertragsparteien sind:

a) der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Innenminister des Großherzogtums Luxemburg,

La République fédérale d'Allemagne
et
le Grand-Duché de Luxembourg,

convaincus de la nécessité d'une coopération entre les organismes compétents des deux Etats, afin de faciliter l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves et d'accélérer l'envoi de personnel et de matériel de secours,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

(1) Chaque Partie contractante s'engage à prêter assistance à l'autre Partie contractante en cas de catastrophes ou d'accidents graves selon ses possibilités et conformément aux dispositions de la présente Convention.

(2) La nature et l'étendue de l'assistance seront fixées d'un commun accord en fonction des cas d'espèce, par les autorités compétentes telles qu'elles sont désignées à l'article 3 ci-dessous.

Article 2

(1) L'assistance sera fournie par l'envoi au lieu de la catastrophe ou de l'accident grave d'équipes de secours qui ont reçu une formation spéciale, notamment dans les domaines suivants: lutte contre les incendies, lutte contre les dangers nucléaires et chimiques, secourisme, sauvetage ou déblaiement, et qui disposent du matériel spécialisé nécessaire à leurs tâches.

L'assistance sera fournie en règle générale, du côté de la République fédérale d'Allemagne, par des unités de la Protection contre les catastrophes (Katastrophenschutz), du côté du Grand-Duché de Luxembourg, par des unités de la Protection civile et des sapeurs-pompiers, et, en cas de nécessité, sous toute autre forme appropriée.

(2) Les équipes de secours pourront être envoyées par voie terrestre, aérienne ou fluviale.

Article 3

(1) Les autorités des Parties contractantes, compétentes pour demander et déclencher les mesures de secours, sont:

a) le Ministre de l'Intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre de l'Intérieur du Grand-Duché de Luxembourg;

b) auf der Ebene des grenznahen Gebiets:

- auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland:
in Rheinland-Pfalz der Innenminister oder der von ihm ermächtigte Regierungspräsident in Trier,

im Saarland der Innenminister,
- auf der Seite des Großherzogtums Luxemburg der Innenminister.

(2) Wenn hierzu ein Bedürfnis besteht, wird die Hilfe jedoch unmittelbar von den zuständigen Behörden der Grenzgemeinden und -kreise erbeten und zugesagt mit Ausnahme der Hilfe auf dem Luftweg.

(3) Die Innenminister jeder Vertragspartei ergreifen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Kontakte zwischen den in Buchstabe b genannten Behörden herzustellen.

Artikel 4

(1) Um die für einen Hilfeinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der gemeinsamen Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat nur eine Bescheinigung mitzuführen, die den Hilfeinsatz, die Art der Einheit und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Diese Bescheinigung wird von der Behörde ausgestellt, der die Einheit untersteht. Die Angehörigen der Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und vom Erfordernis einer Aufenthaltserlaubnis befreit.

(3) Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nach Absatz 2 nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Grenze zu einem Hilfeinsatz überschritten werden soll.

(4) Wenn es die Eilbedürftigkeit erfordert, so kann die Grenze zu jeder Zeit auch außerhalb der zugelassenen Übergangsstellen überschritten werden. Die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden sind vorher hierüber zu unterrichten.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses und des folgenden Artikels bedeuten die Begriffe:

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material, die Fahrzeuge und die persönliche Ausstattung, die zum Gebrauch der Hilfsmannschaften bestimmt sind;

„Hilfsmittel“

die aus Anlaß des jeweiligen Einsatzes mitgeführten zusätzlichen Ausstattungsteile und sonstige Waren, die dazu bestimmt sind, an die betroffene Bevölkerung ausgegeben zu werden;

„Betriebsgüter“

die Waren, die zur Verwendung der Ausrüstungsgegenstände und zur Versorgung der Mannschaften erforderlich sind.

(2) Die Vertragsparteien werden den Grenzübergang für die bei Hilfeinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter der nach Artikel 2 entsandten Hilfsmannschaften erleichtern. Diese Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter gelten im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei als zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt.

(3) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den bei Hilfeinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern keine Waren mitführen.

b) au niveau de la région frontrière:

- du côté de la République fédérale d'Allemagne:
en Rhénanie-Palatinat: le Ministre de l'Intérieur ou le Chef de la région administrative de Trèves (Regierungspräsident) à ce habilité par lui;
en Sarre: le Ministre de l'Intérieur;
- du côté du Grand-Duché de Luxembourg:
le Ministre de l'Intérieur.

(2) Toutefois, en cas de besoin, l'assistance sera directement sollicitée et accordée par les autorités compétentes des communes et Kreise frontaliers, à l'exception des secours envoyés par la voie aérienne.

(3) Les Ministres de l'Intérieur de chaque Partie contractante prendront les mesures nécessaires en vue d'établir les contacts entre les autorités visées sous la lettre b).

Article 4

(1) Pour assurer l'efficacité et la rapidité nécessaires à une mission de secours, les Parties contractantes s'engagent à limiter au minimum indispensable les formalités de franchissement de la frontière commune.

(2) Le chef d'une équipe de secours doit seulement être porteur d'un certificat attestant la mission de secours, le type d'unité et le nombre de personnes qui en font partie. Ce certificat est délivré par l'autorité à laquelle l'unité est subordonnée. Les personnes faisant partie de l'équipe de secours sont exemptées de l'obligation du passeport et du permis de séjour.

(3) Si, dans un cas particulièrement urgent, le certificat prévu au paragraphe 2 ci-dessus ne peut être présenté, il suffit de toute autre attestation appropriée indiquant que la frontière doit être franchie pour accomplir une mission de secours.

(4) Si l'urgence l'exige, le franchissement de la frontière peut s'effectuer, en tout temps, en dehors des points de passage autorisés. Les autorités compétentes pour la surveillance des frontières doivent en être informées au préalable.

Article 5

(1) Au sens du présent article et de l'article suivant, on entend par:

«objets d'équipement»

le matériel, les véhicules et l'équipement personnel destinés à être utilisés par les équipes de secours;

«moyens de secours»

les éléments d'équipements supplémentaires et autres marchandises emportés pour chaque mission et destinés à être distribués à la population sinistrée;

«biens d'exploitation»

les marchandises nécessaires à l'utilisation des objets d'équipement et au ravitaillement des équipes.

(2) Les Parties contractantes faciliteront le franchissement de la frontière pour les objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation nécessaires aux missions de secours et appartenant aux équipes de secours envoyées conformément à l'article 2 ci-dessus. Ces objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation sont sur le territoire de la Partie contractante requérante, réputés placés sous le régime de l'admission temporaire.

(3) Les équipes de secours ne doivent pas emporter de marchandises en dehors des objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation nécessaires aux missions de secours.

(4) Die mitgeführten Hilfsmittel und Betriebsgüter sind, soweit sie bei den Hilfeinsätzen verbraucht werden, von allen Eingangsabgaben befreit. Die Ausrüstungsgegenstände sowie die Hilfsmittel und Betriebsgüter, die bei dem Hilfeinsatz nicht verbraucht wurden, sind wieder auszuführen.

Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie ihr Aufenthaltsort der für die Hilfeinsätze verantwortlichen Behörde anzuzeigen, die die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt; in diesem Fall gilt das nationale Recht der ersuchenden Vertragspartei.

(5) Für Waren, die nach den Absätzen 2 und 4 abgabenfrei sind, finden die Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze keine Anwendung. Das Verbringen von Suchtstoffen in das Gebiet der anderen Vertragspartei im Rahmen dieses Abkommens und die Rückführung der nicht verbrauchten Mengen gelten nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoff-Übereinkommen. Suchtstoffe dürfen nur im Rahmen des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der ersuchten Vertragspartei eingesetzt werden. Unberührt davon bleibt das Recht der ersuchenden Vertragspartei, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen.

(6) Für Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter werden keine Ein- oder Ausfuhrpapiere verlangt oder ausgestellt. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat jedoch einen Sammelnachweis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter mitzuführen, der – von Eilfällen abgesehen – von der Behörde zu bestätigen ist, der die Hilfsmannschaft untersteht.

(7) Die Einfuhr von Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen ist der zuständigen Zollstelle baldmöglichst anzuzeigen.

Artikel 6

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 2 Absatz 2, sondern auch unmittelbar für andere Hilfeinsätze benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet Luftfahrzeugen, die von der anderen Vertragspartei eingesetzt werden, ihr Hoheitsgebiet zu überfliegen und darauf auch außerhalb von Flugplätzen zu landen und zu starten.

(3) Die Absicht, Luftfahrzeuge einzusetzen, ist den nach Artikel 3 zuständigen Behörden unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt

- a) auf die Besatzung und mitfliegende Hilfsmannschaften Artikel 4;
- b) auf die Luftfahrzeuge und sonstige mitgeführte Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter Artikel 5.

(5) Die Anwendung des Absatzes 3 kann in den Einzelvereinbarungen nach Artikel 10 näher geregelt werden.

(6) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jeder Vertragspartei weiterhin gültig, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

(4) Les moyens de secours et biens d'exploitation emportés sont exempts de toute taxe d'entrée dans la mesure où ils sont consommés lors des missions de secours. Les objets d'équipement ainsi que les moyens de secours et biens d'exploitation qui n'ont pas été consommés lors de la mission de secours doivent être réexportés.

Si des circonstances particulières ne permettent pas leur réexportation, leur nature et leur quantité ainsi que le lieu où ils se trouvent doivent être portés à la connaissance de l'autorité responsable des missions de secours qui en informe le service douanier compétent; dans ce cas la loi nationale de la Partie contractante requérante est applicable.

(5) Les interdictions et les restrictions relatives à la circulation transfrontière des marchandises ne sont pas applicables aux marchandises qui sont exemptes de taxes conformément aux paragraphes 2 et 4 du présent article. L'importation de stupéfiants dans le territoire de l'autre Partie contractante dans le cadre de la présente Convention et le retour des quantités non utilisées ne sont pas considérés comme importation ou exportation au sens de la Convention internationale sur les stupéfiants. Les stupéfiants ne peuvent être emportés que pour répondre à un besoin médical urgent et ne peuvent être utilisés que par un personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions légales de la Partie contractante requise. Il n'est pas porté atteinte pour autant au droit de la Partie contractante requérante de procéder à un contrôle sur les lieux.

(6) Aucun document d'importation ou d'exportation n'est exigé ou délivré pour les objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation. Le chef d'une équipe de secours doit cependant être muni d'un état sommaire des objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation emportés, attesté, sauf cas d'urgence, par l'autorité à laquelle est subordonnée l'équipe de secours.

(7) L'importation d'objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation en dehors des points de passage frontaliers autorisés doit être portée aussi rapidement que possible à la connaissance du service douanier compétent.

Article 6

(1) Les aéronefs peuvent être utilisés non seulement pour le transport rapide des équipes de secours conformément au paragraphe 2 de l'article 2 ci-dessus, mais aussi directement pour d'autres missions de secours.

(2) Chaque Partie contractante autorise les aéronefs utilisés par l'autre Partie contractante à survoler son territoire ainsi qu'à y atterrir et décoller même en dehors des aérodromes.

(3) L'intention de faire appel à des aéronefs doit être portée sans délai à la connaissance des autorités compétentes selon l'article 3 ci-dessus avec indication aussi exacte que possible du type et de la marque d'immatriculation de l'aéronef, de l'équipage, du chargement, de l'heure du départ, de la route prévue et du lieu d'atterrissage.

(4) Sont applicables mutatis mutandis:

- a) à l'équipage et aux équipes de secours transportées, les dispositions de l'article 4 ci-dessus;
- b) aux aéronefs et aux autres objets d'équipement, moyens de secours et biens d'exploitation emportés, les dispositions de l'article 5 ci-dessus.

(5) Les modalités d'application du paragraphe 3 du présent article pourront être réglées dans les arrangements particuliers prévus à l'article 10.

(6) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, la législation de chaque Partie contractante relative à la circulation aérienne demeure applicable, notamment l'obligation de transmettre aux organes de contrôle compétents les renseignements sur les vols.

Artikel 7

(1) Die Leitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden der ersuchenden Vertragspartei.

(2) Anweisungen an die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen. Die zuständigen Behörden der ersuchenden Vertragspartei erläutern nach Möglichkeit bei dem Hilfeersuchen die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei übertragen wollen.

(3) Die Behörden der ersuchenden Vertragspartei leisten den Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei Schutz und Hilfe.

Artikel 8

(1) Die Kosten der Hilfeleistung durch die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei nach Artikel 2, einschließlich der Aufwendungen, die durch Verlust und völlige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Gegenstände entstehen, werden von den Behörden der ersuchenden Vertragspartei nicht übernommen. Bei Hilfeleistungen durch Luftfahrzeuge kann die um Hilfe ersuchte Vertragspartei verlangen, daß die Kosten, die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstehen, von der ersuchenden Vertragspartei zur Hälfte übernommen werden. Die Höhe dieser Kosten richtet sich nach den in jedem der beiden Staaten gültigen Tarifen, so wie sie in den besonderen Vereinbarungen nach Artikel 10 dieses Abkommens angegeben sind.

(2) Die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei werden jedoch während der Dauer des Einsatzes auf Kosten der ersuchenden Vertragspartei gepflegt und untergebracht und mit Betriebsgütern versorgt, sofern die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten ferner im Bedarfsfall jede erforderliche medizinische Hilfe.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr oder einer politischen oder verwaltungsmäßigen Untergliederung gehören, wenn der Schaden von einem Mitglied einer Hilfsmannschaft der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre politischen oder verwaltungsmäßigen Untergliederungen auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei, die auf dem Schaden beruhen, der einem Mitglied einer Hilfsmannschaft entsteht, das bei der Erfüllung seines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens eine Verletzung oder den Tod erlitten hat.

(3) Wird durch ein Mitglied einer Hilfsmannschaft der ersuchten Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet die ersuchende Vertragspartei oder gegebenenfalls ihre ersuchende politische oder verwaltungsmäßige Untergliederung für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Dieser Artikel findet auch auf gemeinsame Übungseinheiten von Hilfsmannschaften Anwendung.

Article 7

(1) Il incombe dans tous les cas aux autorités de la Partie contractante requérante de diriger les opérations de sauvetage et de secours.

(2) Les instructions destinées aux équipes de secours de la Partie contractante requise seront transmises exclusivement à leurs chefs qui règlent les détails d'exécution vis-à-vis du personnel qui leur est subordonné. Les autorités compétentes de la Partie contractante requérante exposent, si possible, dans la demande de secours les tâches qu'elles entendent confier aux équipes de secours de la Partie contractante requise.

(3) Les autorités de la Partie contractante requérante accorderont protection et assistance aux équipes de secours de la Partie contractante requise.

Article 8

(1) Les frais de l'assistance fournie par les équipes de secours de la Partie contractante requise conformément à l'article 2 ci-dessus, y compris les dépenses provenant de la perte et de la destruction totale ou partielle des objets emportés, ne sont pas pris en charge par les autorités de la Partie contractante requérante. En cas d'assistance fournie par des aéronefs, la Partie contractante requise pourra exiger le partage par moitié des frais afférents à l'utilisation des aéronefs. Le montant de ces frais sera évalué par référence aux tarifs généraux en vigueur dans chacun des deux Etats, tels qu'ils seront précisés dans les arrangements particuliers prévus à l'article 10 de la présente Convention.

(2) Toutefois, les équipes de secours de la Partie contractante requise seront nourries et logées, pendant la durée de leur mission, aux frais de la Partie contractante requérante et approvisionnées en biens d'exploitation dans la mesure où les stocks emportés ont été épuisés. Elles devront recevoir également, en cas de besoin, toute l'assistance médicale nécessaire.

Article 9

(1) Chaque Partie contractante renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Partie contractante en cas de dommages aux biens lui appartenant ou appartenant à une subdivision politique ou administrative, si le dommage a été causé par un membre d'une équipe de secours de l'autre Partie contractante dans l'accomplissement de sa mission en exécution de la présente Convention.

(2) Chaque Partie contractante renonce, pour elle-même et ses subdivisions politiques ou administratives, à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Partie contractante, fondée sur le préjudice subi par un membre d'une équipe de secours blessé ou décédé dans l'accomplissement de sa mission en exécution de la présente Convention.

(3) Si, sur le territoire de la Partie contractante requérante, un dommage est causé à un tiers par un membre d'une équipe de secours de la Partie contractante requise, dans l'accomplissement de sa mission, la Partie contractante requérante ou, le cas échéant, sa subdivision politique ou administrative requérante est responsable du dommage, selon les dispositions qui s'appliqueraient si ce dommage avait été causé par ses propres équipes de secours.

(4) Les autorités des Parties contractantes coopéreront étroitement pour faciliter le règlement des cas d'indemnisation. Elles échangeront notamment toutes les informations dont elles seront en mesure de disposer sur les dommages visés au présent article.

(5) Les dispositions du présent article s'appliqueront également aux exercices communs des équipes de secours.

Artikel 10

(1) Die nach Artikel 3 Absatz 1 zuständigen Behörden schließen die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Einzelvereinbarungen.

(2) Eine Einzelvereinbarung enthält insbesondere folgende, für die Durchführung der Einsätze wesentliche Angaben:

- a) Dienstbezeichnung und Aufgabenbereich der Personen, die berechtigt sind, Hilfe anzufordern, anzubieten und zuzusagen, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststellen, denen sie angehören;
- b) Dienstbezeichnung und Aufgabenbereich der Person, bei der sich der Leiter der Hilfsmannschaft nach seinem Eintreffen am Einsatzort melden muß, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststelle, der diese Person angehört;
- c) Art, Anzahl, Stärke, Ausrüstung und Standort der Einheiten, die auf Ersuchen zu einem Hilfeinsatz entsandt werden können;
- d) alle sonstigen Auskünfte, die geeignet sind, Hilfe zu beschleunigen und zu erleichtern, insbesondere über Fernsprech- und Funkverbindungen, die zwischen den unter den Buchstaben a und b bezeichneten Dienststellen bestehen oder herzustellen sind, sowie über Landeorte für Luftfahrzeuge.

(3) Eine weitere Einzelvereinbarung wird für den Betrieb der Funkanlagen getroffen, mit denen die Hilfsmannschaften ausgerüstet sind oder die ihnen zur Verfügung gestellt werden.

(4) Eine Einzelvereinbarung wird auch getroffen über die in jedem der beiden Staaten geltenden Tarife, die als Berechnungsgrundlage für die Kostenteilung beim Einsatz von Luftfahrzeugen gemäß Artikel 8 Absatz 1 dienen.

(5) Eine Einzelvereinbarung kann unter Umständen die gemeinsame Veranstaltung von Übungen beiderseits der Grenzen vorsehen.

Artikel 11

(1) Um die Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu fördern und zu verstärken, vereinbaren die Vertragsparteien eine ständige und enge Zusammenarbeit, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und regelmäßige Tagungen vorsehen.

(2) Diese Zusammenarbeit wird

- für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland von dem Bundesminister des Innern und
- für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg von dem Innenminister

durchgeführt.

(3) Ferner können gemeinsame Untersuchungen und Tagungen durchgeführt werden, insbesondere zur Erforschung von Katastrophenursachen und zur Verbesserung von Vorhersagen sowie von Mitteln und Methoden zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen.

(4) Auf Veranlassung jeder Vertragspartei können fachliche Lehrgänge für Techniker und Führungskräfte der anderen Vertragspartei und insbesondere für Hilfsmannschaften durchgeführt werden.

(5) Die Anwendung dieses Artikels wird in Einzelvereinbarungen näher geregelt.

Artikel 12

Alle Streitigkeiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die nach Artikel 3 zuständigen Be-

Article 10

(1) Les autorités compétentes citées au paragraphe 1 de l'article 3 ci-dessus concluront les arrangements particuliers nécessaires pour l'exécution des dispositions de la présente Convention.

(2) Un arrangement particulier contiendra notamment les renseignements ci-après essentiels pour l'exécution des missions:

- a) appellation de service et fonctions des personnes qui sont habilitées à solliciter, offrir et accorder l'assistance, ainsi qu'appellation, adresse et numéro de téléphone des services auxquels ces personnes appartiennent;
- b) appellation de service et fonctions de la personne auprès de laquelle le chef de l'équipe de secours doit se présenter à son arrivée au lieu d'affectation, ainsi qu'appellation, adresse et numéro de téléphone du service auquel cette personne appartient;
- c) nature, nombre, effectifs, équipement et lieu de stationnement des unités qui peuvent être envoyées en mission de secours sur demande;
- d) tous autres renseignements propres à accélérer et faciliter le secours, notamment sur les télécommunications qui existent ou pourront être établies entre les services visés aux alinéas a) et b), ainsi que sur les lieux d'atterrissage pour les aéronefs.

(3) Un autre arrangement particulier sera conclu pour le fonctionnement des installations radio dont sont munies les équipes de secours ou qui sont mises à leur disposition.

(4) Un arrangement particulier sera également conclu pour les tarifs applicables dans chacun des deux Etats et servant de base de calcul pour le partage des frais afférents à l'utilisation des aéronefs conformément au paragraphe 1^{er} de l'article 8.

(5) Un arrangement particulier pourra éventuellement prévoir l'organisation en commun d'exercices de part et d'autre de la frontière.

Article 11

(1) Pour promouvoir et développer la prévision, la prévention et la lutte en cas de catastrophes ou accidents graves, les Parties contractantes conviennent d'établir une coopération permanente et étroite en échangeant toutes informations utiles de caractère scientifique et technique et en prévoyant des réunions périodiques.

(2) Cette coopération sera mise en œuvre:

- pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, par le Ministre fédéral de l'Intérieur, et
- pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, par le Ministre de l'Intérieur.

(3) De plus, des études et réunions communes pourront être organisées, notamment en vue de rechercher les causes de catastrophes et l'amélioration des prévisions ainsi que les moyens et méthodes destinés à la prévention et à la lutte contre les catastrophes ou accidents graves.

(4) Des stages techniques pourront être organisés à la diligence de chaque Partie contractante au profit des techniciens et cadres de l'autre Partie contractante, et notamment au profit des équipes de secours.

(5) Les modalités d'application des dispositions du présent article seront réglées par des arrangements particuliers.

Article 12

Tous les différends relatifs à l'application de la présente Convention qui n'auront pas pu être réglés directement par les

hörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege beigelegt.

Artikel 13

Dieses Abkommen gilt unbefristet. Es kann nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

Artikel 14

Mit Ausnahme der Bestimmungen dieses Abkommens über den Luftverkehr gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 2. März 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

autorités compétentes visées à l'article 3 de la présente Convention seront réglés par la voie diplomatique.

Article 13

La présente Convention est conclue pour une durée illimitée. Après l'expiration d'un délai de cinq ans suivant son entrée en vigueur elle pourra être dénoncée à tout moment avec un préavis d'un an.

Article 14

A l'exception des dispositions de la présente Convention relatives à la circulation aérienne, la présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 15

(1) La présente Convention sera ratifiée; les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Bonn.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

Fait à Luxembourg, le 2 mars 1978, en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Werner Maihofer
Dr. H. W. Meyer-Lohse

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
Gaston Thorn
Joseph Wohlfahrt

**Erste Verordnung
über die Inkraftsetzung von Änderungen
der Anlagen des TIR-Übereinkommens 1975**

Vom 24. Juni 1981

Auf Grund des § 78 Abs. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529) wird verordnet:

§ 1

Hiermit werden folgende gemäß den Artikeln 59 und 60 des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Übereinkommen 1975 – BGBl. 1979 II S. 445) angenommenen Änderungen in Kraft gesetzt:

1. Änderung der Ziffer 10 c der Anleitung für die Verwendung des Carnet TIR in der Anlage 1;
2. Neufassung des Artikels 3 Abs. 8 in der Anlage 2;
3. die neuen Erläuterungen „1 Anlage 1“ und „2.3.8 Absatz 8 – Zwischenraum zwischen den Ringen und zwischen den Ösen“ in der Anlage 6.

Die Änderung der Anlage 1, die Neufassung des Artikels 3 Abs. 8 der Anlage 2 und die neu vereinbarten

Erläuterungen der Anlage 6 werden nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die in § 1 genannten Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten; die Änderungen treten gleichzeitig an dem Tage in Kraft, an dem das TIR-Übereinkommen 1975 nach seinem Artikel 53 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in § 1 genannten Änderungen außer Kraft treten.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 24. Juni 1981

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

**Änderungen
der Anlagen 1, 2 und 6 des TIR-Übereinkommens 1975
(angenommen gemäß den Artikeln 59 und 60 des Übereinkommens)**

(Übersetzung)

Annex 1, rule 10(c)

Delete the introductory phrase:

"When there is not enough space in the manifest to enter all the goods carried,"

Annexe 1, règle 10 c)

Supprimer le premier membre de phrase:

«Lorsqu'il n'y a pas assez d'espace pour inscrire sur le manifeste toutes les marchandises transportées.»

Anlage 1, Regel 10 c)

Die Worte „Wenn der Raum nicht ausreicht, um alle beförderten Waren im Warenmanifest aufzuführen, können den Abschnitten“ sind zu ersetzen durch die Worte „Den Abschnitten können“.

Annex 2, Article 3, Paragraph 8

8. The spaces between the rings and the spaces between the eyelets shall not exceed 200 mm. The spaces may however be greater but shall not exceed 300 mm between rings and eyelets on either side of the upright if the construction of the vehicle and the sheet is such as to prevent all access to the load compartment. The eyelets shall be reinforced.

Annexe 2: paragraphe 8 de l'article 3

8. L'intervalle entre les anneaux et entre les œillets ne dépassera pas 200 mm. Toutefois, il pourra être supérieur à cette valeur, sans cependant dépasser 300 mm, entre les anneaux et entre les œillets situés de part et d'autre d'un montant, si le mode de construction du véhicule et de la bâche est tel qu'il interdise tout accès au compartiment de charge. Les œillets devront être renforcés.

Anlage 2, Artikel 3 Abs. 8

(8) Der Zwischenraum zwischen den Ringen und zwischen den Ösen darf 200 mm nicht übersteigen. Er kann jedoch größer sein – darf aber 300 mm nicht übersteigen – zwischen den Ringen und zwischen den Ösen, die sich beidseitig eines Pfostens befinden, wenn die Art der Konstruktion des Fahrzeuges und der Schutzdecke jeden Zugang zum Laderaum verhindert. Die Ösen müssen verstärkt sein.

Annex 6

1. Insert a new explanatory note after No. 0.45 to read as follows:

- „1 Annex 1
1.10 (c) Rules regarding the use of the TIR carnet
– Loading lists annexed to the goods manifest

No. 10 (c) of the rules regarding the use of the TIR carnet permits the use of loading lists as annex to the TIR carnet even when there would otherwise be enough space in the manifest to enter all the goods carried. However, this is permissible only if the loading lists contain all the particulars required by the goods manifest in legible and recognizable form and all other provisions of Rule 10 (c) are complied with.”

Annexe 6

Insérer à la suite du numéro 0.45 la nouvelle note explicative dont le texte suit:

- „1 Annexe 1
1.10 c) Règles relatives à l'utilisation du carnet TIR
– Listes de chargement annexées au manifeste des marchandises

L'article 10 c) des règles relatives à l'utilisation du carnet TIR autorise l'utilisation, sous forme d'annexe à ce carnet, de listes de chargement, même s'il y a assez d'espace pour inscrire sur le manifeste toutes les marchandises transportées. Toutefois, cette pratique n'est autorisée que si ces listes présentent, sous une forme lisible et reconnaissable, toutes les indications requises aux fins du manifeste des marchandises et si toutes les autres dispositions de la règle 10 c) sont respectées.»

Anlage 6

Nach Nr. 0.45 ist eine neue Erläuterung mit folgendem Wortlaut einzufügen:

- „1 Anlage 1
1.10 c) Anleitung für die Verwendung des Carnet TIR
– Ladelisten als Anhang zum Warenmanifest

Regel Nr. 10 Buchstabe c der Anleitung für die Verwendung des Carnet TIR gestattet die Verwendung von Ladelisten als Anlage zum Carnet TIR, auch wenn an sich genügend Raum im Warenmanifest vorhanden wäre, um alle beförderten Waren aufzuführen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Ladelisten alle im Warenmanifest geforderten Angaben in lesbarer und verständlicher Form enthalten und die übrigen Bedingungen der Regel 10 Buchstabe c erfüllt sind.“

2. Insert a new explanatory note after 2.3.6 (b) to read as follows:

- „2.3.8 Paragraph 8 – Spaces between the rings and between the eyelets
Spaces exceeding 200 mm but not exceeding 300 mm are acceptable over the uprights if the rings are recessed in the side boards and the eyelets are oval and so small that they can just pass over the rings.“

Ajouter après la note 2.3.6 b), une autre note explicative ainsi conçue:

- „2.3.8. Paragraphe 8 – Intervalle entre les anneaux et entre les œillets
«Un intervalle supérieur à 200 mm, mais ne dépassant pas 300 mm, peut être accepté de part et d'autre d'un montant si les anneaux sont montés en retrait dans les panneaux latéraux et si les œillets sont de forme ovale et de taille juste suffisante pour pouvoir être enfilés sur les anneaux.»

Nach Nr. 2.3.6 b) ist als neue Erläuterung einzufügen:

- „2.3.8 Absatz 8 – Zwischenraum zwischen den Ringen und zwischen den Ösen
Ein Zwischenraum von mehr als 200 mm, der jedoch 300 mm nicht übersteigen darf, kann zugelassen werden, wenn die Ringe beidseitig von dem Pfosten vertieft an den Seitenwänden angebracht und die Ösen oval und gerade groß genug sind, um über die Ringe gestreift werden zu können.“

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
Vom 29. Juni 1981**

Das in Bretton-Woods zwischen dem 1. und 22. Juli 1944 geschlossene Abkommen über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BGBl. 1952 II S. 637) ist nach seinem Artikel XI Abschnitt 2 Buchstabe b für

St. Lucia am 27. Juni 1980
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1980 (BGBl. II S. 1487).

Bonn, den 29. Juni 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über psychotrope Stoffe
Vom 30. Juni 1981**

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S.1406; 1981 II S. 379) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für die

Türkei am 30. Juni 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. August 1980 (BGBl. II S. 1091).

Bonn, den 30. Juni 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“**

Vom 1. Juli 1981

Das Übereinkommen vom 20. August 1971 über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“ (BGBl. 1973 II S. 249) ist nach seinem Artikel XX und das Betriebsübereinkommen nach seinem Artikel 23 für

Somalia am 27. März 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1980 (BGBl. II S. 1310).

Bonn, den 1. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zur Bekämpfung des Terrorismus**

Vom 2. Juli 1981

Das Europäische Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (BGBl. 1978 II S. 321) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für die

Türkei am 20. August 1981
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. September 1980 (BGBl. II S. 1352).

Bonn, den 2. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Feststellung der mütterlichen Abstammung
nichtehelicher Kinder**

Vom 2. Juli 1981

Das Übereinkommen vom 12. September 1962 über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder (BGBl. 1965 II S. 17, 23) ist nach seinem Artikel 9 Abs. 1 für

Luxemburg am 28. Juni 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. August 1979 (BGBl. II S. 1024).

Bonn, den 2. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. Juli 1981

In Islamabad ist am 18. Mai 1981 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 18. Mai 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. Juli 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Präsident der Islamischen Republik Pakistan

Im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Pakistan,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in Ergänzung der Hilfen, welche von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Islamischen Republik Pakistan bisher schon gewährt wurden,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Islamischen Republik Pakistan beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Pakistan, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, ein Darlehen bis zu 6 Mio DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen. Das Darlehen wird zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Ausrüstungen für die pakistanische Eisenbahn verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Geschehen zu Islamabad am 18. 5. 1981 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Klaus Terfloth

Für den Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan
Ejaz Ahmad Naik

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Pakistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Pakistan überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Republik Pakistan innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Gebundene Ausgaben der Bundesgesetzblätter

– ohne Anlagenbände –

Teil I

1949/50 . (vergriffen)	1966	55,- DM
1951	1967	75,- DM
1952 (vergriffen)	1968	76,- DM
1953	1969	90,- DM
1954	1970	90,- DM
1955 (vergriffen)	1971	90,- DM
1956	1972	100,- DM
1957	1973	100,- DM
1958	1974	140,- DM
1959	1975	150,- DM
1960	1976	150,- DM
1961	1977	150,- DM
1962	1978	150,- DM
1963	1979	150,- DM
1964	1980	150,- DM
1965		85,- DM

Teil II

1951	25,- DM	1966	76,- DM
1952 (vergriffen)		1967	88,- DM
1953	35,- DM	1968	76,- DM
1954 (vergriffen)		1969	90,- DM
1955	45,- DM	1970	90,- DM
1956	65,- DM	1971	90,- DM
1957	65,- DM	1972	100,- DM
1958	45,- DM	1973	100,- DM
1959	65,- DM	1974	120,- DM
1960	78,- DM	1975	120,- DM
1961	78,- DM	1976	150,- DM
1962	82,- DM	1977	150,- DM
1963	72,- DM	1978	150,- DM
1964	85,- DM	1979	150,- DM
1965	85,- DM	1980	150,- DM

Sammlung des Bundesrechts Bundesgesetzblatt Teil III

Die Sammlung besteht aus 131 Folgen und ist auf den 31. 12. 1963 abgeschlossen. Der Preis dieser Sammlung mit 15 Ordnern beträgt **350,- DM** einschließlich Versandkosten und MwSt.

Mikrofiche-Edition Bundesgesetzblatt Teil I und III und Teil II 1949–1980

Welchen Umfang hat die Mikrofiche-Edition?

Das gesamte bisher im Bundesgesetzblatt Teil I, II und III veröffentlichte Bundesrecht umfaßt rund 140 000 Seiten gedruckten Text, der in ca. 125 Einzelbänden wiedergegeben ist. In der Mikrofiche-Edition kann dieses erhebliche Textvolumen auf etwa **385 Mikrofiches** bei einem Verkleinerungsfaktor von 1:42 untergebracht werden.

Welchen Zeitraum umfaßt die Mikrofiche-Edition?

Die Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes Teil I, II und III deckt den Zeitraum von 1949 bis zum 31. Dezember 1980 ab, insgesamt also eine Zeitspanne von mehr als 30 Jahren.

So wird der Inhalt der Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes erschlossen:

Für die gesamte Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes 1949 bis 1980 wird ein eigenes, integriertes Sachregister in gedruckter Form erstellt, das den Inhalt von Teil I, II und III gleichermaßen fachgerecht erschließt. Darüber hinaus sind die Jahresregister und sämtliche Anlagen zusätzlich als Mikrofiches in der Edition enthalten.

Was spricht für eine Mikrofiche-Edition?

Für eine Mikrofiche-Edition sprechen vor allem die Vorteile der praktischen Arbeit mit solch einer umfangreichen Materialsammlung:

– Vollständigkeit

- schneller Zugriff
- geringer Platzbedarf
- zunehmende Verbreitung des Mediums Mikrofiche
- geringe Kosten für Lesegeräte (diese gibt es bereits zu einem Preis von rund DM 600,-)
- einfache Bedienung der Lesegeräte.

Erscheinungsfolge der Mikrofiche-Edition:

Die Mikrofiche-Edition des Bundesgesetzblattes erscheint im Jahr 1981:

Teil I und III im Sommer 1981,

Teil II im Herbst 1981.

Bezugsbedingungen der Mikrofiche-Edition:

Teil I einschließlich Teil III und **Teil II** können jeweils einzeln bezogen werden.

Preise:

Bundesgesetzblatt Teil I und III:

Rund 80 000 Seiten auf rund 220 Fiches einschließlich Gesamtregister

Preis: DM 2 750,- einschl. Versandkosten und MwSt.

Bundesgesetzblatt Teil II:

Rund 60 000 Seiten auf rund 165 Fiches einschließlich Gesamtregister

Preis: DM 3 600,- einschl. Versandkosten und MwSt.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,80 DM (1,20 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,30 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1980 – Format DIN A 4 – Umfang 380 Seiten

Die Neuauflage 1980 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
- b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,

soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1980 – Format DIN A 4 – Umfang 448 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 23,65 DM zuzüglich 2,00 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.